

**Satzung über die Erstattung der notwendigen  
Schülerbeförderungskosten des Landkreises Leipzig**  
*vom 04.02.2009 i. d. F. der 2. Änderung vom 29.02.2012*

**§ 1  
Kostenerstattung**

(1) Der Aufgabenträger (Landkreis Leipzig) erstattet nach Maßgabe der jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften und dieser Satzung den Schülern der Schulen nach dem Sächsischen Schulgesetz, die sich auf seinem Territorium befinden, die notwendigen Beförderungskosten:

- Grundschulen
- Mittelschulen
- Förderschulen
- Gymnasien (jeglicher Art des 1. Bildungsweges)
- Berufsbildenden Schulen im unmittelbaren zeitlichen Anschluss an die Allgemeinbildende Schule
  - Berufliches Gymnasium
  - Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) als einjährige Vollzeitschule an der Berufsschule
  - Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) in Vollzeitunterricht an der Berufsschule
  - Berufsfachschule (BFS)
  - Fachoberschule (FOS) (mit zweijähriger Ausbildung)

Die Erstattung der Beförderungskosten erfolgt nur im Falle des Vollzeitunterrichtes und soweit der Schüler keine anderweitige Förderung, insbesondere nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, dem Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III) oder andere Ausbildungshilfen erhält.

(2) Als Wohnung im Sinne der Satzung gilt der Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes.

(3) Einen Rechtsanspruch auf ein bestimmtes Beförderungsangebot für den Schüler begründet diese Satzung nicht.

(4) Sind keine zwingenden anderen Festlegungen durch die Schulaufsichtsbehörde getroffen, werden Beförderungskosten nur dann erstattet, wenn die aufnahmefähige Schule der gewünschten Schulart lt. § 1 Absatz 1, die mit dem geringsten Beförderungsaufwand gemäß § 6 zu erreichen ist, besucht wird. Dabei werden Wünsche hinsichtlich spezieller Fachrichtungen bzw. Profile nicht berücksichtigt.

Wird entgegen Satz 1 eine andere Schule besucht, so werden höchstens die Beförderungskosten erstattet, die beim Besuch der Schule gemäß Satz 1 anfallen würden, es sei denn, die Fahrt zur Schule kann mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen.

Ausnahmen können entsprechend § 13 der Satzung in ergänzenden Richtlinien festgelegt werden.

**§ 2  
Stundenplanmäßiger Unterricht**

(1) Beförderungskosten werden nur dann erstattet, sofern sie durch Teilnahme am stundenplanmäßigen Unterricht entstehen.

(2) Stundenplanmäßiger Unterricht nach Absatz 1 ist der Unterricht, der an den Schulen nach einem festen, für Lehrer und Schüler verbindlichen, Stundenplan stattfindet.

(3) Nicht zum stundenplanmäßigen Unterricht gehören alle sonstigen Veranstaltungen, insbesondere Teilnahme an Praktika, Betriebsbesichtigungen, Exkursionen, Jahresausflügen, Jugendverkehrsschulen, Schulandheimaufenthalte, Studien- oder Theaterfahrten, Ferienhortbetreuung, Hortbetreuung sowie Projekttag.

(4) Fahrten im inneren Schulbetrieb (Beförderungskosten, die während des Unterrichts anfallen, z.B. Kosten zum obligatorischen Schwimmunterricht/Sport, Religionsunterricht und sowie Kosten, die bei der Kooperation zweier oder mehrerer Schulen entstehen) werden nicht erstattet.

**§ 3  
Mindestentfernungen**

(1) Als notwendige Beförderungskosten werden die Fahrkosten bei nachgewiesener Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder mit eigenem Fahrzeug nach Maßgabe der §§ 6 und 10 dieser Satzung erstattet:

- a. für Schüler von Grundschulen und Schulen zur Lernförderung der Klassen 1 bis 4 ab einer Mindestentfernung von 2 km,

- b. für Schüler von Mittelschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen sowie für Schüler ab der Klasse 5 der Schulen zur Lernförderung ab einer Mindestentfernung von 3,5 km,
- c. für Schüler an den Förderschulen für geistig Behinderte ohne Entfernungsbegrenzung.

(2) Die Mindestentfernung nach Absatz 1 bemisst sich nach der kürzesten öffentlichen Wegstrecke zwischen Wohnung und Schule (Fußweg).

(3) Beförderungskosten für Schüler nach Absatz 1 Buchstabe a werden auf jährlich neu zu stellenden Antrag unabhängig von der Mindestentfernung auch dann erstattet, wenn die Zurücklegung der Wegstrecke zu Fuß eine besondere Gefahr für die Sicherheit oder die Gesundheit der Schüler bedeutet. Die im Straßenverkehr üblicherweise auftretende Gefahr gilt nicht als besondere Gefahr in diesem Sinne. Die Entscheidung darüber, ob eine besondere Gefahr vorliegt, trifft der Aufgabenträger.

#### **§ 4**

#### **Auswärtige Unterbringung , Wochenendheimfahrten**

(1) Die notwendigen Beförderungskosten für Fahrten zwischen Wohnung und einem auswärtigen Unterbringungsort werden nur für Schüler der Gymnasien erstattet.

(2) Notwendige Beförderungskosten i. S. des Absatzes 1 sind die Beförderungskosten für Fahrten zwischen der Wohnung und dem auswärtigen Unterbringungsort zu Beginn und zum Ende des Schuljahres bzw. der Ferien sowie die Kosten für Wochenendheimfahrten.

(3) Auf die Erstattung der Kosten für die Fahrten zwischen dem auswärtigen Unterbringungsort und der Schule ist § 3 entsprechend anzuwenden.

#### **§ 5**

#### **Begleitpersonen**

(1) Beförderungskosten für Begleitpersonen werden nur erstattet, wenn die Begleitung wegen körperlicher oder geistiger Behinderung eines Schülers erforderlich ist. Die Notwendigkeit einer Begleitung ist auf Verlangen durch ein amtsärztliches Gutachten bzw. den Schwerbehindertenausweis nachzuweisen.

(2) Beförderungskosten für Begleitpersonen werden nach den für den zu begleitenden Schüler geltenden Grundsätzen erstattet.

(3) Bei der Beförderung von Schülern, die eine Schule für körperlich oder geistig Behinderte besuchen, mit Fahrzeugen, die nach ihrer Bauart und Ausrüstung zur Beförderung von mehr als sechs Personen (einschließlich Fahrzeugführer) geeignet sind, ist grundsätzlich eine Begleitperson einzusetzen. In besonders begründeten Fällen kann der Einsatz einer Begleitperson auch bei Beförderung von weniger als sechs Schülern beantragt werden. Die Entscheidung darüber trifft der Aufgabenträger in Verbindung mit dem Schulträger.

#### **§ 6**

#### **Rangfolge der Verkehrsmittel**

(1) Beförderungskosten werden grundsätzlich nur erstattet, wenn öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden.

(2) Ist die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht möglich oder nicht zumutbar, und kommt auch die Beförderung mit einem Schülerfahrzeug nicht in Betracht, können ausnahmsweise Kosten für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge nach Maßgabe von § 10 auf Antrag erstattet werden.

(3) Der Aufgabenträger kann auf Antrag Abweichungen von dieser Rangfolge zulassen, wenn dadurch eine wesentliche wirtschaftlichere Beförderung erreicht wird.

#### **§ 7**

#### **Zumutbare Wegstrecke zur Haltestelle**

(1) Sofern durch die Benutzung mehrerer Verkehrsmittel am Wohn- oder Schulort zusätzliche Kosten entstehen, werden Schülern i.S.v. § 3 Absatz 1 Buchstabe b diese zusätzlichen Beförderungskosten nur erstattet, wenn die Wegstrecke zwischen Wohnung und Haltestelle bzw. zwischen Haltestelle und Schule mehr als 2 km beträgt. Einen Anspruch auf Beförderungsorganisation zwischen Wohnung und Haltestelle begründet diese Satzung nicht.

- (2) Bei der Benutzung von Schülerfahrzeugen gilt Absatz 1 entsprechend.
- (3) Liegt eine besondere Gefahr vor, gilt § 3 Absatz 3 entsprechend.

## **§ 8**

### **Zumutbare Wartezeit**

- (1) Die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Schülerfahrzeugen ist zumutbar, wenn die Ankunft oder Abfahrt am Schulort in der Regel innerhalb von 45 Minuten vor Beginn oder nach Ende des Unterrichtes erfolgt. Dies gilt nur, wenn die Schule gemäß § 1 Absatz 4 Satz 1 besucht wird.
- (2) Bei Schülern der Klassen 11 bis 13 sowie der berufsbildenden Schulen ist eine längere Wartezeit zumutbar.
- (3) Schulanfangs- und Schulschlusszeiten sollen mit den Fahrzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel abgestimmt werden, zur Vermeidung von Verkehrsspitzen sollte eine Staffelung erfolgen.

## **§ 9**

### **Einsatz von Schülerfahrzeugen**

- (1) Die erforderlichen Verträge für die Schülerbeförderung schließt der Aufgabenträger mit den einzelnen Verkehrsunternehmen bzw. Schulträgern ab.
- (2) Soweit freie Plätze vorhanden sind, können in den Schülerfahrzeugen mit vorheriger Zustimmung des Aufgabenträgers auch Personen befördert werden, für die der Aufgabenträger keine Kosten erstattet. Mehrkosten dürfen dem Aufgabenträger hierdurch nicht entstehen.

## **§ 10**

### **Benutzung privater Kraftfahrzeuge**

- (1) Der Schüler hat vor Beginn der Beförderung beim Aufgabenträger die Genehmigung zur Benutzung des privaten Kraftfahrzeuges zu beantragen und zu begründen. Wird der Antrag später als zwei Wochen nach Beförderungsbeginn gestellt, so ist eine Kostenerstattung für die Zeit vor der Antragstellung ausgeschlossen.
- (2) Die durch die Benutzung privater Kraftfahrzeuge entstehenden Kosten werden nach der Maßgabe des bis zur im § 11 Absatz 2 festgelegten Höhe erstattet, wenn der Aufgabenträger dem Antrag entsprochen hat.
- (3) Je Kilometer notwendiger Fahrstrecke werden für eine Hin- und Rückfahrt eines Schülers bei Personenkraftwagen 0,22 Euro pro Kilometer, bei Krafträdern 0,16 Euro pro Kilometer für jeden Schultag erstattet.

## **§ 11**

### **Höchstbeträge**

- (1) Die notwendigen Beförderungskosten werden je Schüler und Schuljahr in höchstens bis zu den Kosten der SchülerRegionalKarte gemäß gültigem MDV-Tarif erstattet.
- (2) Davon kann in begründeten Einzelfällen abgewichen werden. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob die Schüler die Schule nach § 1 Absatz 4 Satz 1 besuchen oder ob durch eine gemeinsame Beförderung mehrerer Schüler eine kostengünstigere Regelung erreicht werden kann.
- (3) Für Schüler, die auf einem Teil des Weges zwischen Wohnort und Schule den öffentlichen Personennahverkehr nutzen und für einen anderen Teil die Genehmigung zur Benutzung eines privaten Kraftfahrzeuges haben, werden sowohl die Kosten in Höhe der Kosten der SchülerRegionalKarte als auch die Kosten für die private Beförderung bis zur Höhe der Kosten der SchülerRegionalKarte erstattet.

## **§ 12**

### **Kostenerstattung**

- (1) Schüler im Geltungsbereich dieser Satzung bzw. deren gesetzliche Vertreter, die eine Kostenerstattung beantragen, haben dazu grundsätzlich vor Beginn des Schuljahres beim Aufgabenträger einen entsprechenden Antrag zu stellen. Eine Kostenerstattung für die Zeit bis zum Erhalt des Fahrausweises ist ausgeschlossen.

(2) Schüler, die regelmäßig ein öffentliches Verkehrsmittel oder ein Schülerfahrzeug benutzen, nehmen am vereinfachten Abrechnungsverfahren teil.

Sie erhalten

- eine Fahrkarte entsprechend des MDV-Tarifs bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder
- einen Berechtigungsausweis bei Nutzung von Schülerfahrzeugen.

Soweit dem Schüler die Fahrkarte oder der Berechtigungsausweis nicht mehr zusteht bzw. von ihm nicht mehr benötigt wird, ist dies/er dem Aufgabenträger zurückzugeben. Änderungen (z. B. Wohnungswechsel, Schulwechsel u. a.) sind dem Landratsamt umgehend und unaufgefordert schriftlich mitzuteilen. Aus unterlassener schriftlicher Änderungsmitteilung auftretende finanzielle Folgen gehen zu Lasten des Antragstellers.

(3) Der Verlust der Fahrkarte bzw. des Berechtigungsausweises ist anzuzeigen. Die entstehenden Kosten für die erneute Ausstellung sind vom Antragsteller zu tragen.

(4) Schüler, die nicht am vereinfachten Abrechnungsverfahren teilnehmen oder denen die Nutzung eines privaten Kraftfahrzeuges genehmigt wird, erhalten die Kostenerstattung nach Einreichung ihrer Einzelabrechnung.

(5) Die Erstattung der Schülerbeförderungskosten erfolgt vierteljährlich jedoch spätestens bis zum 31. Oktober des Jahres, in dem das Schuljahr endet.

### **§ 13**

#### **Eigenanteilspflicht von Personensorgeberechtigten oder Schülern**

(1) Zu den notwendigen Beförderungskosten ist je Beförderungsmonat von den Personensorgeberechtigten oder Schülern ein Eigenanteil von 10,00 EUR für alle Schüler der Grundschulen, Mittelschulen, Gymnasien, Förderschulen und berufsbildenden Schulen zu entrichten.

(2) Nehmen Schüler ein Jahresabonnement in Anspruch, beträgt der Eigenanteil 100,00 EUR. Für Schüler, die mit Schülerfahrzeugen befördert werden, gilt die gleiche Rabattierungsregel.

(3) Der Eigenanteil wird mit Bescheid festgesetzt und ist nach Bekanntgabe des Bescheides und als Voraussetzung für den Erhalt der Fahrkarte bzw. des Berechtigungsausweises als Einmalbetrag zu zahlen.

### **§ 14**

#### **Befreiung vom Eigenanteil**

Entrichtet eine Familie im Landkreis Leipzig für zwei Schüler Eigenanteile, sind alle weiteren Geschwister von der Zahlung des Eigenanteils befreit.

### **§ 15**

#### **Ergänzende Richtlinien**

Der Aufgabenträger kann zur Ausführung dieser Satzung ergänzende Richtlinien erlassen.

### **§ 16**

#### *Inkrafttreten*